

Zürich

Klimarutsch? Frauenrutsch!

Wahlen Die Parteien haben ihre Hausaufgaben gemacht, die Frauen gut gekämpft: Der Kantonsrat erreicht einen historisch hohen Frauenanteil von 41,1 Prozent. Die Kandidatinnen profitierten für einmal sogar von ihrem Geschlecht.

Rafaela Roth und
Patrice Siegrist

Klimaanliegen lieber ernst nehmen. Frauen ganz einfach aufstellen. Diese zwei Leitsätze führten am letzten Wochenende zum Erfolg. Die Wahl hat gezeigt: Werden Frauen aufgestellt, dann werden sie auch gewählt.

Im Regierungsrat sitzen erstmals seit zwölf Jahren wieder mehr Frauen als Männer. Natalie Rickli verteidigte den zweiten SVP-Sitz, zusammen mit Carmen Walker Späh (FDP), Silvia Steiner (CVP) und Jacqueline Fehr (SP) sind damit neu vier Frauen in der Regierung vertreten.

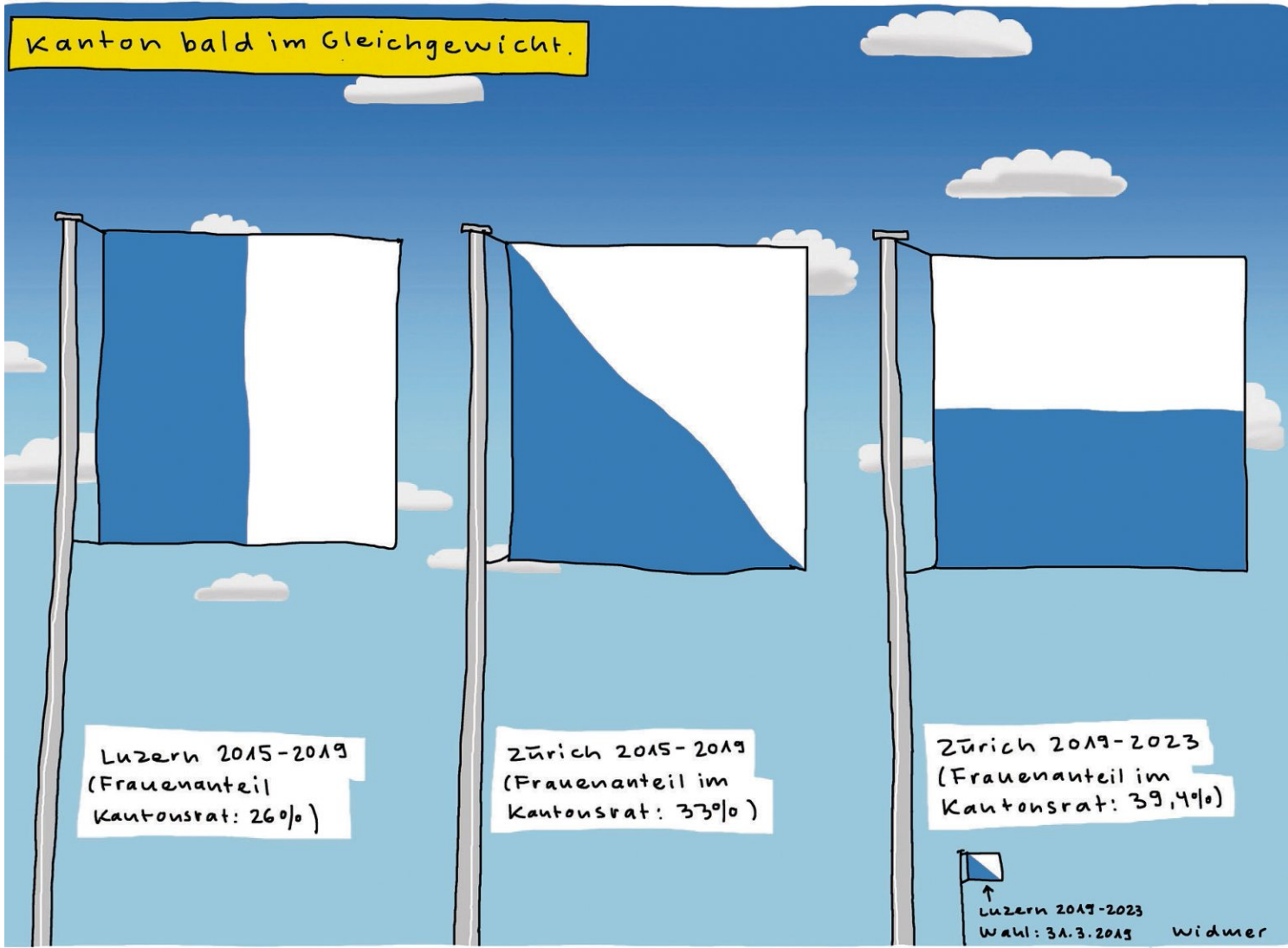
SVP-Listenstürmerinnen

Im Kantonsrat feiern die Frauen einen historischen Sieg: Ihr Anteil steigt auf 40,6 Prozent. Auch wenn das noch nicht die Bevölkerung abbildet: So hoch war der Frauenanteil noch nie. Und durch die überraschende Wahl von Martin Neukom (Grüne) in den Regierungsrat wird die Quote gleich nochmals ansteigen: Renate Dürr rutscht nach, die Quote klettert auf 41,1 Prozent.

Der Klimarutsch allein reicht als Erklärung nicht aus. Eine Analyse der Zahlen zeigt: 37 Prozent der Kandidatinnen schnitten besser ab als ihr ursprünglicher Listenplatz. Bei den Männern waren es nur 26 Prozent. Es wurden also häufiger Wahlzettel zugunsten von Frauen abgeändert als zugunsten von Männern.

Bei den Grünen sind die Frauen mit 13 zu 9 sogar in der Mehrheit, und bei den Grünliberalen sind eindruckliche 9 von 10 Neugewählten weiblich. Die GLP stellt neu ein Fraktionsverhältnis von 12 Frauen zu 11 Männern. Auch bei den Sozialdemokraten sind 20 der 35 Sitze von Genossinnen besetzt.

Traditionell sieht es bei den Bürgerlichen etwas anders aus. Nur 10 der insgesamt 45 Sitze der SVP gewinnt eine Frau. Bei der FDP sind es 11 von 29, bei der EDU 1 von 3. Doch trotz Verlusten der Partei befinden sich unter den SVPlern die Königinnen der Listenstürmerinnen. Daniela Rinderknecht aus Büllach trat auf Platz 13 an und schaffte rekordhohe neun Listenränge auf Platz 4: «Ich kann es noch immer nicht ganz glauben», sagt sie. Rinderknecht tippt auf ihre gute Vernetzung bei den Landfrauen und



in der Landwirtschaft sowie ihr Engagement in der Gemeinde. Auch politisierte ihre Schwiegermutter bereits für die SVP.

Ganz an die Spitze gesegelt ist auch ihre Parteikollegin Nina Fehr Düsel, der man einen Sitzverlust prognostizierte. Sie

kämpfte sich vom fünften auf den ersten Listenplatz: «Ich konnte offensichtlich auch als Person überzeugen. Das freut mich sehr», sagt sie. Die zweifache Mutter, Juristin und Politikerin sagt: «Ich setze mich für Vereinbarkeit ein und lebe sie auch.

Das macht mich glaubwürdig.» Eine andere bürgerliche Frau kickte mit ihrem Listensturm sogar FDP-Parteipräsident Hans-Jakob Boesch aus dem Kantonsrat. «Das trübt meinen Erfolg natürlich ein wenig», sagt die neu gewählte FDP-Kantonsrätin An-

gie Romero. Sie legte in ihrem Wahlkampf einen Akzent auf die Vereinbarkeit von Politik, Beruf und Familie: «Wenn sie wollen, müssen Frauen sich engagieren können. Dazu gehören gewisse Rahmenbedingungen», sagt Romero. Sie habe Gas gegeben:



«Ich setze mich für Vereinbarkeit ein und lebe sie auch. Das macht mich glaubwürdig.»

Nina Fehr Düsel, SVP



«Wir wollen Gleichberechtigung und Chancengleichheit. Das wollen auch die Wählerinnen.»

Sarah Akanji, SP



«Es geht nicht darum, dass Frauen bessere Politik machen, sondern dass sie Politik machen.»

Andrea Gisler, GLP



«Ohne einen engagierten Wahlkampf wird keine gewählt. Ich habe Gas gegeben.»

Angie Romero, FDP

«Ohne einen engagierten Wahlkampf wird keine gewählt.»

Auch bei den Linken gibt es Listenstürmerinnen. Die 25-jährige Sarah Akanji überholte gleich drei Bisherige. Die SP-Politikerin sagt: «Ich nehme einen Umschwung in der Frauenfrage wahr, und das haben nun auch die Wählerinnen und Wähler bezeugt.» Es soll nicht beim Darüberreden bleiben: «Wir wollen die Gleichberechtigung, wir wollen Chancengleichheit.»

Leichter Frauenbonus

Dass so viele Frauen die Wahl schafften, hat in erster Linie einen simplen mechanischen Grund: «Wenn mehr Frauen kandidieren, werden mehr Frauen gewählt», sagt Fabrizio Gilardi, Politikwissenschaftler an der Uni Zürich. Die Parteien hätten sich offensichtlich mehr Mühe gegeben, Frauen zu finden, und mehr Frauen seien interessiert, sich aufstellen zu lassen. «Auch Kampagnen wie «Helvetia ruft!» könnten eine Wirkung haben.»

Gilardi errechnet zudem einen leichten Frauenbonus von 2,2 Prozentpunkten: «Frauen hatten bei dieser Wahl bessere Chancen, gewählt zu werden», sagt er. Die neu erstarkte Frauenbewegung scheine eine Wirkung auf die Wählenden zu haben. Lange Zeit habe der Konsens geherrscht, dass ein Drittelsanteil reiche. «Das gilt nicht mehr.»

Andrea Gisler, Präsidentin der Frauenzentrale, predigt das seit Jahren. Sie wurde selber für die GLP in den Kantonsrat gewählt und engagierte sich im Vorfeld für die Frauen. In 18 Wahlkreisen verteilte die Frauenzentrale Flyer mit überparteilichen Frauempfehlungen. Auf der Rückseite eine Anleitung zum «Clever wählen»: überparteilich Kandidatinnen mit guten Chancen wählen und die Konkurrenten auf der Liste streichen. «Unsere Arbeit hat gewirkt», so Gisler. «Es geht nicht darum, dass die Frauen die bessere Politik machen, sondern dass sie sie machen.»

Gilardi glaubt an eine Sogwirkung der Zürcher Wahl für die Nationalratswahlen. «Es ist immer noch kein 50/50-Anteil. Es gibt Luft nach oben», sagt er. Vor allem auf dem Land: In Andelfingen etwa liegt der Frauenanteil immer noch bei null.

Alle Gewählten: Seiten 26, 27

Landbesitzer werden die grüne Mehrheit zu spüren bekommen

Einzonungen Noch will das Parlament nur einen geringen Mehrwertausgleich. Doch das könnte sich im neu gewählten Rat ändern.

Wenn eine Gemeinde Bauland neu einzont oder auf eingezonten Parzellen eine höhere Ausnutzung erlaubt, so steigt der Landwert oft sprunghaft an – bei Landwirtschaftsland kann das um den Faktor hundert und mehr sein. Und das, ohne dass der Grundbesitzer etwas dafür tun müsste.

Das soll sich ändern. Oder besser gesagt: Muss sich ändern. Der Bund verlangt von den Kantonen, dass sie mindestens 15 Prozent dieses Gewinns von den Grundeigentümern abschöpfen. Denn Überbauungen

bringen den Gemeinden erst einmal hohe Kosten für zusätzliche Infrastruktur wie Strassen, Schulen, Kitas, Sicherheit, öffentliche Plätze und vieles mehr.

Regierung will Minimum

Genau an diesen 15 Prozent orientierte sich der Regierungsrat, als er sein Gesetz zur Mehrwertabschöpfung vorlegte: So viel sollen Gemeinden verlangen dürfen. Das Gesetz liegt derzeit in der kantonsrätlichen Kommission – doch dann kam den Beratungen eine Volksinitiative in die Quere, die den Gemeinden die

Höhe der Abgabe komplett frei überlassen will.

In der aktuellen Zusammensetzung lehnt der Rat die Volksinitiative ab, und zwar deutlich mit 107:65 Stimmen. SVP, FDP und BDP warnten gestern, die Initiative werde dazu führen, dass Wohnraum teurer werde. «Haben die Initianten an die Wirtschaft gedacht?», fragte Cornelia Keller (BDP, Gossau). Beat Huber (SVP, Buchs) nannte das Volksbegehren «mieter- und eigentümerfeindlich». Nein sagt auch der zurücktretende Baudirektor Markus Kägi (SVP) und mit ihm

der Regierungsrat: «Die Initiative würde zu unerwünschtem Standortwettbewerb führen und das Ziel, gegen innen zu verdichten, gefährden.»

Ganz anderer Meinung war der designierte Regierungsrat und mögliche Kägi-Nachfolger Martin Neukom (Grüne, Winterthur). Eine Mehrwertabschöpfung von 50 Prozent sei längst gelebte Praxis: «Damit werden die flankierenden Massnahmen der Verdichtung finanziert.» Die Bevölkerung akzeptiere Verdichtung nur, wenn sie im Gegenzug einen Mehrwert erhalte, an dem

sich auch die Grundeigentümer beteiligten.

SP, GLP und AL sprachen sich ebenfalls für die Initiative aus. «Der Vorschlag des Regierungsrats ist inakzeptabel», sagte Stefan Feldmann (SP, Uster). Solange sich das nicht ändere, sei die Initiative eine valable Alternative. Das sah auch Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon) so. Die Initiative sei nicht perfekt, aber vielleicht erzeuge sie genügend Druck, damit die vorberatende Kommission und der Kantonsrat die Gesetzesvorlage des Regierungsrats anpassen. Gut mög-

lich, dass das neu gewählte Parlament, das am 6. Mai vereidigt wird, genau das tun wird.

SP, Grüne, GLP und AL haben künftig 86 Sitze. Damit fehlen nur fünf Sitze für eine Mehrheit. Entscheidend sind nun CVP und EVP, die gestern beide Nein zur Initiative sagten. Beide machten sich aber für einen Kompromiss stark. Beat Monhart (EVP, Gossau) sagte, seine Partei lehne das Volksbegehren im Wissen darum ab, «dass die Kommission eine bessere Vorlage findet».

Liliane Minor